

K1 Antrag zum Beschluss des Koalitionsvertrags

Antragsteller*in: Kreisvorstand (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Kreisverband Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: 3.2. Beschluss zur zukünftigen
Zusammenarbeit im Römer

Begründung der Dringlichkeit

Erfolgt mündlich

Antragstext

1 Die Sondierungskommission hat im Auftrag der Kreismitgliederversammlungen vom
2 18.03. und 29.04.2026 gemeinsam mit den Vertreter*innen von CDU, SPD und Volt
3 einen Koalitions- und Kooperationsvertrag für die Stadtregierung Frankfurts für
4 die Jahre 2026 bis 2031 ausgehandelt und legt ihn heute vor.

5 Als zweitstärkste politische Kraft in Frankfurt haben wir einen starken Auftrag
6 der Frankfurter*innen, die Stadt weiter mitzugestalten: ökologisch, sozial,
7 gerecht und zukunftsfähig. Der vorliegende Koalitions- und Kooperationsvertrag
8 schafft dafür eine solide Grundlage. Er enthält zahlreiche grüne Projekte und
9 Zielsetzungen und sichert wichtige Zuständigkeiten im Magistrat für drei grüne
10 Stadträt*innen.

11 Die GRÜNEN erhalten die Zuständigkeiten für

- 12 • **Soziales, Gesundheit**
- 13 • 51 Jugend- und Sozialamt
- 14 • 53 Gesundheitsamt
- 15 • 57 Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- 16 • 58 Stabsstelle Unterbringungsmanagement und Geflüchtete

- 17 • 59 Drogenreferat
- 18 • **Klima, Umwelt, Frauen**
- 19 • 11C Frauenreferat
- 20 • 67 Grünflächenamt
- 21 • 78 Palmengarten
- 22 • 79 Umweltamt
- 23 • 79A Klimareferat
- 24 • 79B Stabsstelle Sauberes Frankfurt
- 25 • **Diversität, Antidiskriminierung**
- 26 • 15 Amt für multikulturelle Angelegenheiten
- 27 • 15A Geschäftsstelle der (KAV)
- 28 • Stabsstelle Antidiskriminierung
- 29 • Stabsstelle Inklusion
- 30 • **35 Frankfurt Immigration Office**
- 31 • **Immobilien, Bauen**
- 32 • 25 Amt für Bau und Immobilien
- 33 • **54, 55A Kliniken**
- 34 • **Koordinierungsstelle Fair Trade**

35 Daraus folgt auch, dass die Bürgermeisterin und zwei grüne Stadträt*innen am 25.
36 Juni 2026 abgewählt werden müssen. Die Mitgliederversammlung fordert folglich
37 die Fraktion der GRÜNEN im Römer auf, den Abwahanträgen für die Bürgermeisterin
38 Dr. Nargess Eskandari-Grünberg und die Stadträte Dr. Bastian Bergerhoff und
39 Wolfgang Siefert zuzustimmen.

40 Mit diesem Vertrag übernehmen die GRÜNEN Verantwortung für Frankfurt. Wir
41 leisten unseren Beitrag dazu, dass Frankfurt eine lebenswerte Stadt bleibt und
42 den Herausforderungen der Zukunft erfolgreich begegnen kann.

43 Die Mitgliederversammlung möge daher beschließen, dem am 11. Juni 2026
44 vorgelegten Koalitions- und Kooperationsvertrag zwischen CDU, SPD und Volt für
45 die Stadtregierung Frankfurts in der Wahlperiode 2026 bis 2031 zuzustimmen.

Inhaltliche Begründung

Erfolgt mündlich

K3 Ablehnung des aktuellen Entwurfs des Koalitions- und Kooperationsvertrags für die Jahre 2026–2031

Antragsteller*in: Norbert Szep
Tagesordnungspunkt: 3.2. Beschluss zur zukünftigen
Zusammenarbeit im Römer

Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der **kurzfristigen Bekanntmachung** des Entwurfs des Koalitions- und Kooperationsvertrags für die Jahre 2026–2031 sowie der **erst am gestrigen Tag erfolgten Ankündigung**, dass die Ämter des Kämmerers, des Mobilitätsdezernats und der Bürgermeisterin künftig nicht mehr von Vertreter*innen unserer Partei besetzt werden sollen.

Da diese Informationen erst unmittelbar vor der Kreismitgliederversammlung veröffentlicht wurden und sie erhebliche Auswirkungen auf die politische Handlungsfähigkeit sowie die Bewertung des Vertragsentwurfs haben, ist eine fristgerechte Antragstellung im regulären Verfahren nicht möglich gewesen.

Um den Mitgliedern dennoch eine sachgerechte Entscheidung zu ermöglichen und eine angemessene innerparteiliche Willensbildung sicherzustellen, ist die Behandlung des Antrags im Wege der Dringlichkeit erforderlich.

Antragstext

1 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

2 **Der Entwurf des Koalitions- und Kooperationsvertrags für die Jahre 2026–2031**
3 **wird abgelehnt.**

Inhaltliche Begründung

Liebe Freundinnen und Freunde,

auf den ersten Blick wirkt der vorliegende Entwurf des Koalitions- und Kooperationsvertrags 2026–2031 in vielen Formulierungen attraktiv für grüne Ohren. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass wir mit diesem Vertrag zentrale politische Gestaltungsmöglichkeiten verlieren und damit die Umsetzung unserer Kernanliegen erheblich gefährdet wird.

Mit dem Verlust des Kämmerers, des Mobilitätsdezernats und der Bürgermeisterin geben wir entscheidende Machtpositionen in der Stadtpolitik ab. Diese Positionen sind nicht nur symbolisch wichtig, sondern bestimmen maßgeblich, wie politische Leitlinien interpretiert, priorisiert und umgesetzt werden. Ohne diese Ämter verlieren wir die Möglichkeit, den Vertrag in unserem Sinne auszulegen und die notwendigen Transformationsprozesse aktiv zu steuern.

Besonders gravierend ist der Verlust des Mobilitätsdezernats. Dieses Ressort verfügt über weitreichende Handlungsspielräume, um Maßnahmen zur Verkehrssicherheit und zur Verkehrswende auch ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung umzusetzen. In anderen Städten etwa Berlin, Mannheim oder Gießen, haben wir erlebt, wie schnell und tiefgreifend verkehrspolitische Rückschritte erfolgen können, wenn grüne Verantwortung in diesem Bereich wegfällt. Ein solcher politischer Rollback ist auch in Frankfurt zu erwarten.

Das kommunale CO₂-Bilanzierungssystem BSKO weist der Mobilität in Frankfurt einen Anteil von 29 % an den städtischen Treibhausgasemissionen zu mit steigender Tendenz. Damit ist klar: Ohne konsequente Verkehrswende ist Klimaschutz in Frankfurt nicht erreichbar. Unser zentrales politisches Profilverhältnis, der Klimaschutz, wird durch diesen Vertrag strukturell geschwächt. Die Erreichung der Klimaneutralität bis 2035 wird damit unrealistisch, und unsere Glaubwürdigkeit als gestaltende Kraft für eine klimaneutrale Stadt steht auf dem Spiel.

Mit diesem Koalitionsvertrag riskieren wir nicht nur die Zukunft Frankfurts, sondern auch die Zukunft der Grünen in Frankfurt. Wir verlieren Einfluss, Handlungsmacht und politische Klarheit.

Ich bitte euch daher: **Seid mutig, zeigt Rückgrat und stimmt gegen diesen Koalitionsvertrag.**

K4 Antrag zum Personalvorschlag

Antragsteller*in: Kreisvorstand (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Kreisverband Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: 3.2. Beschluss zur zukünftigen
Zusammenarbeit im Römer

Begründung der Dringlichkeit

Erfolgt mündlich

Antragstext

1 Am 11. Juni 2026 hat der Kreisvorstand den Mitgliedern von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Frankfurt den Koalitionsvertrag zugesandt, der die zukünftige Zusammenarbeit von
3 Grünen mit CDU und SPD sowie die Kooperation mit Volt vorsieht und regelt.

4 In diesem Koalitionsvertrag wird auch die Besetzung des hauptamtlichen
5 Magistrats geregelt, der zunächst aus elf Personen besteht und im Laufe der
6 Wahlperiode auf zehn Personen verkleinert wird.

7 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhalten das Vorschlagsrecht für drei hauptamtliche
8 Dezernent*innen mit Zuständigkeiten in den Bereichen:

9 • **Soziales, Gesundheit**

10 • 51 Jugend- und Sozialamt

11 • 53 Gesundheitsamt

12 • 57 Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

13 • 58 Stabsstelle Unterbringungsmanagement und Geflüchtete

14 • 59 Drogenreferat

15 • **Klima, Umwelt, Frauen**

- 16 • 11C Frauenreferat
- 17 • 67 Grünflächenamt
- 18 • 78 Palmengarten
- 19 • 79 Umweltamt
- 20 • 79A Klimareferat
- 21 • 79B Stabsstelle Sauberes Frankfurt
- 22 • **Diversität, Antidiskriminierung**
- 23 • 15 Amt für multikulturelle Angelegenheiten
- 24 • 15A Geschäftsstelle der (KAV)
- 25 • Stabsstelle Antidiskriminierung
- 26 • Stabsstelle Inklusion
- 27 • **35 Frankfurt Immigration Office**
- 28 • **Immobilien, Bauen**
- 29 • 25 Amt für Bau und Immobilien
- 30 • **54, 55A Kliniken**
- 31 • **Koordinierungsstelle Fair Trade**

32 Die konkrete Zuordnung der Zuständigkeiten zu den einzelnen grünen Dezernaten
33 ist derzeit noch nicht abschließend festgelegt. Die Kreismitgliederversammlung
34 beauftragt deshalb den Kreisvorstand und den Fraktionsvorstand, bis zum 24. Juni
35 2026 einen Vorschlag für die Zuschnitte der Dezernate und die Besetzung des
36 hauptamtlichen Magistrat zu erarbeiten.

37 Dabei müssen inhaltlich sinnvolle Dezernate geschaffen werden, die auch
38 realistisch von einer Person wahrgenommen werden können. Dazu sollen die
39 Dezernent*innen und Kandidat*innen vom Fraktionsvorstand und Parteivorstand

40 gehört werden.

41

42 Auf den beschlossenen Zuschnitten aufbauend entwickeln die beiden Vorstände
43 gemeinsam einen Personalvorschlag. Der Personalvorschlag soll aus der Gruppe
44 derjenigen, die bereits hauptamtlich Verantwortung im Magistrat für DIE GRÜNEN
45 Frankfurt tragen, zusammengestellt werden. Dabei sind das Frauenstatut und das
46 Vielfaltsstatut zu beachten. Dieser Vorschlag für die Zuschnitte und der
47 Personalvorschlag werden auf der Kreismitgliederversammlung am 24. Juni 2026
48 vorgestellt und zur Abstimmung gestellt.

49 Mit den von uns zu wählenden Dezernent*innen stellen wir weiterhin sicher, dass
50 Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Vielfalt, Feminismus, bezahlbarer Wohnraum,
51 der Einsatz für Kinder und Jugendliche, die Mobilitätswende sowie viele weitere
52 grüne Kernthemen in der Frankfurter Verwaltung weiterhin Chef*innensache
53 bleiben.

Inhaltliche Begründung

Erfolgt mündlich